

Sächsische Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 482. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 195.

Zweite Ausgabe

Diensstag, 14. Oktober 1902.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 27.
Telephon Nr. 152.
Erscheinung: Dr. Walter Gebenleben in Halle a. S.

Geschäftsstelle in Berlin Bernauerstr. 2.
Telephon-Nr. Via Nr. 11 404.
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Ein parlamentarischer Spektakelstück?

Die Freiwirtschaftspartei bedarf nicht gleich bei Beginn der Reichstagsverhandlungen eine „Freiwirtschafts-Interpellation“ einzubringen und die verbundenen Regierungen zu fragen, welche Maßnahmen sie angeht der herrschenden Wirtschaftslage ergreifen hätten oder zu ergreifen beabsichtigen. Aus amtlichen Kundgebungen ist jedenfalls auch der Freiwirtschaftspartei bekannt geworden, daß von den verschiedenen Bundesregierungen bereits Erhebungen über die angelegte Wirtschaft im Gange sind, diese aber naturgemäß noch nicht abgeschlossen sein können. Es würde sich also unter Meinung nach empfehlen, das Ersuchen dieser Interpellation abzuwarten, da vorher die verbundenen Regierungen eine abschließende Beantwortung der Interpellation nicht wohl erteilen können.

Verschiedene Minister von Einzelstaaten, so für Preußen der Landwirtschaftsminister v. Rod bieski und für Bayern der Minister des Innern, Freiherr v. Feilitzsch, haben sich bereits, soweit das in dem gegenwärtigen Stadium der Sache überhaupt möglich ist, ausgeprochen. Eine andere Antwort, als sie in diesen Kundgebungen erteilt worden ist, wird auch der Reichstagsrat nicht geben können. Glaubt man auf freiwirtschaftlicher Seite, der jetzige Augenblick sei geeignet, um für die Befreiung der Grenzen zu wirken? Das ist wohl kaum anzunehmen, da schon erst wieder bei der Einkehr dieser Interpellation recht viele Erfahrungen gemacht worden sind. Obwohl in Österreich noch immer ein relativ guter Gesundheitszustand unter Hinzuhilfe, ist in Mannheim unter dem eingeführten österreichischen Vieh die Seuche ausgebrochen. Soll das etwa für die weite Öffnung der Grenzen einen Anreiz geben?

Wenn die Reichstagsrat über die Seuche in Mannheim eine ausführliche Interpellation stellen wollte, so würden wir einer ausserordentlichen Interpellation mit Interesse entgegensehen. Das Material, durch das der Nachweis geführt werden kann, daß eine solche Wirtschaftspolitik auf die Seuche hinwirkt, ist durch die Reichstagsverhandlungen, soweit sie nicht durch örtliche Verhältnisse wenigstens zum Teil erklärt ist, den Händen der Reichstagsrat zur Verfügung gestellt, ist sehr reichhaltig. Zahlreiche Kundgebungen aus den Kreisen der Schlichter wie auch der Viehhändler beweisen die Unrichtigkeit des freiwirtschaftlichen Standpunktes, und besonders bemerkenswert ist das Zeugnis des Vorsitzenden eines liberalen Bauernvereins, das im „Deutschen Reichsblatt“ veröffentlicht worden ist und ausdrücklich bezeugt, daß eine plötzliche Öffnung der Grenzen eine erhebliche Schwächung des sogenannten kleinen Mannes auf dem Lande herbeiführen würde. Beharrt also die Freiwirtschaftspartei auf der Einbringung ihrer Interpellation, so kann sie sicher sein, ein hartes Urteil davonzutragen. Auch im Jahre 1890 hat sich die Einteilung mit ihrem Freiwirtschaftsstandpunkt gehalten, und ein paar Wochen nach den betreffenden Reichstagsverhandlungen war von der vorher angelegten so fürchterlichen Wirtschaftslage nirgends mehr die Rede. Ebenso wird es diesmal mit dem Freiwirtschaftsstandpunkt sein. Schon nach sich hier und da ein „Ausklang“ bemerkbar, und es wird nicht lange mehr dauern, bis die ganze finanzielle Lage zusammenbricht. Der Freiwirtschaftsstandpunkt wird sich nicht halten, und es wird nicht auf Kosten der später unerlässlichen Zeit des Reichstages!

Deutsches Reich.

*** Nachmals die Auktion der Burengenerale.** Ein Berliner Lokalblatt, welches das Gras wachsen zu hören pflegt, schreibt: „Durch eine Missverständnisse, die sich aber über ihre Antizipation nicht legitimiert, erging an den Staatssekretär des Innern ein Schreiben, nach welchem die Burengenerale geneigt wären, aus ihres Vermögens durch den Kaiser in neue Verhandlungen auf Grundlage der bekannten Bedingungen einzutreten. Wie wir bestimmt wissen, denkt die Reichsregierung aber nicht daran, diese Bräute zu beehren. Der Kaiser hat die Generale von seiner Absicht verständigt, sie unter gewissen Bedingungen zu empfangen. Die Generale akzeptieren auch diese Bedingungen und lehnen sie später ab, indem sie übertrieben eine Bewehrung durch den Kaiser erwarteten. Die Reichsregierung ist sich daher nicht veranlaßt, die ganze Sache noch einmal aufzurollen, sondern betrachtet sie definitiv als erledigt. Eine halbamtliche Erklärung nach dieser Richtung hin liegt unmittelbar bevor.“

*** Die ganze Weltung des Berliner Wälztes ist eitel Nebensatz.** hinter der nichts folgt. Man soll sich doch nicht mit Gewalt wichtig machen wollen.

*** Der Herdenschutz der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft** ist am Montag mit der Sitzung des Direktoriums eröffnet worden. Dem vorgelegten Geschäftsbericht zufolge hat die Gesellschaft seit dem 1. Februar d. J. einen Zuwachs von 559 Mitgliedern erfahren und zählt jetzt deren 1857. Der Rechnungsabschluss wird in diesem Jahre voraussichtlich nicht so günstig wie sonst ausfallen, da die diesjährige Ausstellung den erheblichen Aufwuchs von 90 000 Mark erfordert hat. Das neu erbaute Geschäftshaus in der Dessauerstraße zu Berlin wird noch im Laufe dieses Monats bezogen werden.

Die Düngr-Ausstellung hat unter Mitwirkung von 13 Versuchsanstalten große Feldversuche eingeleitet und ist hinsichtlich der Bewertung der Düngung für Fortschritte in ältester Erinnerung eingetretet. Der Ausschuss für Fortschritte hat ein Preisausgaben betr. die mühsellose Einrichtung von Fortschrittsanlagen in Städten zur Verfügung gebracht und dabei 7000 Mk. an Preisen erteilt. Der Ausschuss für Bodenbakteriologie hat das Weiterer Erforschung der bakteriologischen Vorgänge bei der Düngung in die Hand genommen und eine Reihe von Nitratversuchsversuchen veranstaltet. Vom 1. Oktober ab sind wieder zwei junge Gelehrte mit Stipendien zu ihrer weiteren Ausbildung in der Bakteriologie bezogen worden. Die Saatgut-Ausstellung hatte für die Erste dieses Jahres 120 Auswärtige im Betriebe, 98 Staaten wurden anerkannt, 31 zur Anerkennung vorgelagte Staaten wurden zurückgezogen oder sind nicht erschienen. Die Arbeitsergebnisse brachte die Plan der Untersuchung über die Befämpfung der Insekten zur weiteren Durchführung. Auch alle übrigen Ausschüsse und Ausschüsse haben eine reiche Tätigkeit entfaltet. Für 1903 wird eine große Gesellschaft für Nordamerika vorbereitet. Die Tätigkeit der Geschichtlichen für Handelsvermittlung wird nicht minder umfangreich. Dünngemittel wurden im ersten Halbjahre 1 461 135 Doppelcentner, Saatgut für 843 087 Mk., Düngemittel für 51 500 Doppelcentner umgekehrt. — Am Montag tagten auch bereits einzelne Ausschüsse der Gesellschaft.

*** Das Oberpräsidium für Westpreußen.** Die Mitteilung, daß die Ernennung des Oberbürgermeisters von Danzig Dr. Delbrück zum Ober-Präsidenten von Westpreußen nahe bevorsteht, trifft, wie die „Ritz.-Ztg.“ mitteilt, nach der Kenntnis der Sachlage zu. Dr. Delbrück gehört der freiwirtschaftlichen Partei an, ist aber bisher politisch, auch während seiner Tätigkeit im Herrenhause, wenig hervorgetreten. Dagegen wird er von allen Parteien als tüchtiger Verwaltungsmann anerkannt. Wir beweisen nicht, daß er dem ihm zugehörigen Amte als Ober-Präsident in vollem Maße gewachsen ist und daß die Provinz Westpreußen allen Grund hat, ihm mit Vertrauen entgegenzukommen.

*** Ein Bescheid der Handelskammer zu Halle.** Bekannt ist das Gutachten der Handelskammer Halle über die voranschreitende Erhöhung der Getreidepreise auf dem Weltmarkt. Das Gutachten ist im Reichsblatt veröffentlicht worden und hat eine gründliche wie beweiskräftige Unterredung dieser Frage zu dem im Interesse der weniger bemittelten Professionskreise liegenden erheblichen Ergebnis, daß neben den oft an und für sich großen Schwankungen der Getreidepreise im Handelsverkehr von der Erhöhung der Getreidepreise sicher keine merkbare Steigerung des Brotpreises zu befürchten sein würde.

Ein neuerdings von der genannten Handelskammer über denselben Gegenstand erteiltes Gutachten sieht sich genötigt, der früheren Auffassung entgegen zu treten, wenn nicht — und das ist sehr beachtenswert — ein Umstand bei der Erwägung der schwelenden Frage übersehen werden wäre, der nach Ansicht der Handelskammer die ganz richtige Richtung zeigt über den Haufen würde. Dies wäre der Erwerbssinn des Zwischenhandels. Hierüber läßt sich die Handelskammer folgendermaßen vernehmen:

„Alle Lebensmittelerzeugnisse, zu welchen Zeitperioden sie auch eingetretet sein mögen, haben es erweisen, daß sie vom Getreide bis zum Weizen und von diesem bis zum Brot nicht etwa sich ernstlich abheben, aber verhalten, an der Hand über mehr, daß sie von Station zu Station zunehmen. Das ist eine Erscheinung, die auf dem überall vorhandenen Erwerbssinn beruht und durch kein Mittel aus der Welt gestoppt werden kann. Aber noch so kleine Vorteile bei der Manipulation bis zum fertigen Brot ist aber potentieller Nachteil für den Konsumenten, zum eine bekannte Sache, aber doch nicht gering, auch bei diesem Anlasse wieder gehört zu werden.“

Man wird der Handelskammer für ihr offenesherziges Bescheidniss dank zu sollen haben. Nun wird man genau wissen, daß die im Gefolge der Auktion unserer Zollpolitik befürchteten ungehörigen Erhöhungen des Brotpreises nicht etwa auf das Konto der Getreideerhöhung an sich, wie die demokratischen Brotvermehrungler die Öffentlichkeit glauben machen wollen, sondern einzig und allein auf das Konto eines über das zünftige Maß hinausgehenden allzu ausgeprägten Erwerbssinnes gemittelter Zwischenhandelskreise zu schreiben sein würde. Wenn die Handelskammer Halle in Aussicht auf diese Tatsache der Zolltarifreform widerpricht, so sollte sie bedenken, daß auch bei den Landwirtschaften der Erwerbssinn heute wenigstens so weit ausgebildet ist, um für ihre so überaus mühevollen und jahrelang ungenügend entlohnte Arbeit mit Hilfe ausreichender Getreidepreise den gebührenden Lohn und die Sicherung ihrer Scholle für die Zukunft zu verlangen. Dieser Erwerbssinn scheint uns ungleich mehr an Veredlung zu besitzen als

jenen von der Handelskammer enthielt. Dieser Anschauung sollte sich die Mehrheit der Reichstagsvertreter anbequemen, ohne in ihrer Entscheidung zu Gunsten der barmherzigen Landwirtschaft durch Rücksicht auf gewisse Eigenheimlichkeiten des Zwischenhandels beirrt zu werden.

*** Des Kaisers Englandreise.** Kaiser Wilhelm beabsichtigt nach Abschluss des Besuchs in Sardinien am Grafen und die Grafen in London am 15. November, den 18. November, den 19. November, den 20. November, den 21. November, den 22. November, den 23. November, den 24. November, den 25. November, den 26. November, den 27. November, den 28. November, den 29. November, den 30. November, den 1. Dezember, den 2. Dezember, den 3. Dezember, den 4. Dezember, den 5. Dezember, den 6. Dezember, den 7. Dezember, den 8. Dezember, den 9. Dezember, den 10. Dezember, den 11. Dezember, den 12. Dezember, den 13. Dezember, den 14. Dezember, den 15. Dezember, den 16. Dezember, den 17. Dezember, den 18. Dezember, den 19. Dezember, den 20. Dezember, den 21. Dezember, den 22. Dezember, den 23. Dezember, den 24. Dezember, den 25. Dezember, den 26. Dezember, den 27. Dezember, den 28. Dezember, den 29. Dezember, den 30. Dezember, den 31. Dezember.

*** Ein Besuch des bairischen Kronprinzen in Berlin?** Einige Stenographen haben ein Gerücht, nach welchem Kaiser Wilhelm in einem direkten Schreiben den Kronprinzen Friedrich von Preußen zur Teilnahme an den Festen in diesem Reichstag eingeladen wäre. Der bairische Hof solle besondere Ehrungen gewährt werden; auch werde ihm, wie es heißt, ein deutsches Infanterie-Regiment verliehen werden. Dem „Ber. Ztg.“ wird dazu aus Stenographen geschrieben: Am hiesigen Hofe aber kennt man zur Zeit nichts von einer solchen Einladung. Auch ist damit nicht gesagt, daß es nicht geschehe. Im Reichstag kommt die Sache insbald nicht unmaßgeblich vor. Kaiser Wilhelm hat schon zweimal Einmarsch befohlen, im Ausstellungslande 1886 und dann später einmal auf Festschloß. Von Mitgliedern des bairischen Kronprinzhauses waren in Berlin noch nur Prinz Christian bei der Gedächtnisfeier des deutschen Kronprinzen. Die Einladung des bairischen Kronprinzen nach Berlin könnte man sich außerdem sehr gut in die Wege geleitet denken in den nächsten Zusammenkünften des bairischen Kronprinzen mit dem Prinzen Heinrich von Preußen am hiesigen Hofe; bei Gelegenheit der Kronprinzfeier haben zweimal Zusammenkünfte von längerer Dauer stattgefunden.

*** Prinz Albert von Preußen, welcher am 14. d. M. Mecklenburg nach Berlin eintrifft, wird sich am Mittwoch, den 16., an welchem Tage vor 50 Jahren die Wiedererrichtung der Wallen Brandenburg des Johanniter-Ordens durch König Friedrich Wilhelm IV. verfügt wurde, Mittags nach Potsdam begeben, um als Derrnmeister des Johanniter-Ordens in der dortigen Gedächtnisfeier an dem Tag des Königs einen Kranz niederzuliegen.**

*** Das Plenum des Reichstages wird bekanntlich am nächsten Dienstag (14. d. Mts.) 2 Uhr Nachmittags seine Beratungen (193. Sitzung) wieder aufnehmen. Auf der Tagesordnung stehen Petitionsberichte. Der Reichstag ist am 11. Juni verlagert worden.**

*** Im Reichstag wird ein Entwurf über laufmännische Schiedsgerichte alsbald einlaufen, der die Streitfrage, ob die neuen Sondergerichte im Hinblick auf die Amtsgewalt oder auf die Gewerbegebiete gebildet werden sollen, im Sinne des Antrages auf die Gewerbegebiete entscheidet. Ferner wird das gesetzliche Verbot der Verwendung des welfen Phosphors in der Zündholfabrikation als Vorlage angehängt.**

*** Das Oberpräsidium für Hannover.** Dem Oberpräsidenten der Provinz Hannover, Grafen v. Stolberg-Berneck, ist eine Erlaubnis erteilt worden, die Reise nach Hannover, um als Derrnmeister des Johanniter-Ordens in der dortigen Gedächtnisfeier an dem Tag des Königs einen Kranz niederzuliegen.

*** Demetri.** Die Wiener „Allgemeine Zeitung“ hat sich auch Berlin eine Erwähnung über ein Gerücht zwischen dem Kaiser und dem Rektor der Universität Straßburg machen lassen, das sich auf die Universitätsprofessoren bezogen haben soll. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ kann erklären, daß an dieser ganzen Erwähnung kein wahrer Kern ist.

*** Der deutsche Botschafter hält in den Tagen vom 19. bis 22. Oktober in München seine v. Generalversammlung ab.**

Ausland.

Aus dem europäischen Wetterwinkel.

Allen Abteilungen zum Trotz läßt sich kaum noch bezweifeln, daß die Dinge auf dem Balkan einer bedenklichen Zuspitzung entgegenstehen. An der bulgarisch-türkischen Grenze werden die Zusammenstöße immer häufiger und für beide Teile immer verlustreicher, und auch in Serbien trägt die nachdrückliche Signation immer deutlicher Früchte. Unter diesen Umständen sieht sich die Türkei zu erheblichen Truppenaufboten veranlaßt. Ein Telegramm meldet aus Konstantinopel.

Donnerstag und Freitag sind von Saloniki und anderen Orten 2000 Makedonische Truppen per Bahn nach Demetris und dort zur Verhinderung der Befehlungen an die Bulgaren abgeordnet. In dem Moment, in dem die Befehlsbefugnisse in Sofia ordne die Einleitung der Befähigung bis zum nächsten an. So lange jedoch dieser Befehl nicht zur allgemeinen Kenntnis gelangt, dürfte das Wendenunwesen fortdauern.

Der Ruf der bulgarischen Maceدونen läßt die serbischen Truppen nicht schlafen. Auch sie sind nun in eine offene Bewegung eingetreten, wie aus nachfolgender Drahtmeldung ersichtlich ist.

Selgrad, 12. Oktober. Heute fand hier auf dem Hügel Micael-Platz unter dem Kommando des pensionierten Generals Djukich eine von etwa 5000 Personen besetzte macedonische Versammlung statt. Es wurde eine Resolution angenommen, welche die Einleitung der Versammlung über die Maceدونen auspricht. Dem die serbische Bevölkerung Maceدونen und Mitterbürens ausgef. Die Resolution fordert gleichzeitig die serbische Regierung auf, Alles aufzubieten, um das Schicksal der dortigen

